

Bommert (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute über den Antrag der CDU-Fraktion für ein Kampfmittelbeseitigungsgesetz für das Land Brandenburg. Man sagt, Druck erzeugt Gegendruck. Manchmal erzeugt dieser Druck dann auch Bewegung, das hat man jetzt gesehen.

(Beifall CDU)

Das Innenministerium ist doch etwas an das Land, an die Stadt Oranienburg herangerückt und hat für die zunächst aufgrund der Haushaltssperre gesperrten Dinge Mittel freigemacht bzw. diese aufgestockt. Ich kann Ihnen mitteilen, dass der Bürgermeister von Oranienburg sehr erfreut darüber ist.

Aber zurück zum Antrag. Brandenburg ist mit rund 400 000 ha Munitionsverdachtflächen das am stärksten mit Altmunition aus dem Zweiten Weltkrieg belastete Land. Glücklicherweise, muss man sagen, liegen viele dieser Flächen in Waldgebieten, dort sind die Anwohner nicht betroffen. Aber es gibt leider auch sehr viele bewohnte Gebiete. Die Stadt Oranienburg ist - wie Ihnen allen wahrscheinlich aus der Presse bekannt ist - besonders stark betroffen; aber auch zahlreiche andere Orte, beispielsweise Brandenburg an der Havel, Cottbus, Potsdam, Neuruppin, Schwarzheide und Ruhland, gelten als besonders belastet.

Aus dem in den vergangenen Wochen häufig zitierten Gutachten von Prof. Dr. Wolfgang Spyra von der BTU Cottbus, das vom Innenministerium in Auftrag gegeben wurde, geht hervor:

Für die Kampfmittelberäumung in Oranienburg ist nicht mehr viel Zeit. Die Blindgänger werden immer gefährlicher. Man sieht auch an dem Unglück, das in Göttingen passiert ist, dass Selbstdetonationen nicht ausgeschlossen sind.

(Lachen der Abgeordneten Muhß (SPD))

- Frau Muhß, ich weiß nicht, was es da zu lachen gibt. Die Menschen in Oranienburg sind äußerst betroffen. Sprechen Sie einmal mit Anwohnern! Die lachen nicht mehr, glauben Sie es mir.

(Beifall CDU)

Äußere Einflüsse wie Erschütterung und Korrosion führen zu Explosionen. Sie stellen eine erhebliche Gefahr für Leben, Leib und Sachgüter dar. Wie gesagt, die Tragödie von Göttingen mit drei Toten und mehreren Schwerverletzten hat gezeigt: Der Zweite Weltkrieg fordert noch immer seine Opfer, und Göttingen ist - ich sage einmal: in der Bilanz der Sache - das schwerste Unglück in dieser Form. Erschreckend ist jedoch, dass genau dieser Bombentyp, der in Göttingen explodiert ist, dem entspricht, von dem laut Gutachten der BTU Cottbus noch ca. 300 bis 350 Stück in der Erde von Oranienburg liegen.

Wenn Oranienburg keine Stadt wäre, sondern ein ehemaliger Truppenübungsplatz, hätte man garantiert einen Zaun darum gezogen und Schilder aufgestellt: „Betreten verboten!“. So aber müssen die Anwohner jeden Tag mit diesem Erbe aus dem Zweiten Weltkrieg leben. Es ist aus meiner Sicht klar - ich denke,

das sollte auch aus Ihrer Sicht so sein; das zeigt sich doch daran, dass Sie auf den Antrag der CDU aufspringen -: Es muss gehandelt werden! Das Problem ist oft die finanzielle Situation des Landes, des Kreises und der Kommunen. Sie müssen die Kosten für die Kampfmittelbeseitigung tragen, sind aber nur mit begrenzten Mitteln ausgestattet.

Kommen wir kurz zurück zu Oranienburg. Der Landkreis Oberhavel und Oranienburg haben aus dem Gutachten ihre Schlussfolgerungen gezogen und gehandelt.

(Frau Lehmann [SPD]: Ach, das ist Oberhavel?)

- Das ist Oberhavel.

Der Landkreis stellt für seine Flächen 10,6 Millionen Euro zur Verfügung. Die Stadt hat in ihrem Haushalt die Mittel, die für die Kampfmittelbeseitigung eingesetzt werden, seit dem vergangenen Jahr verdoppelt. An dieser Stelle sollte man auch nicht vergessen, dass jede Findung und Entschärfung von Bomben eine Belastung für die Wirtschaft und das öffentliche Leben in Oranienburg bedeutet. Betriebe müssen in dieser Zeit schließen und können sich dadurch entstandene Verluste nicht von irgendeiner Stelle zurückholen oder gegenfinanzieren lassen.

Wie gesagt, das sind Dinge, die dort bezahlt werden müssen.

Ich nehme einmal das Krankenhaus in Oranienburg als Beispiel.

Dort entstehen riesige Unkosten, weil alle Patienten umgebettet werden müssen. Man benötigt einen Fahrverkehr zwischen mehreren Städten, um die Menschen dort herauszubekommen

- und das etwa 150 Mal seit 1991. - So viel aus Oranienburg mit 29 000 Einwohnern und einem sehr hohen Durchgangsverkehr in der Kernstadt. Ich denke, jedem ist an dieser Stelle bewusst, welche eine Tragödie es für die Stadt und das Land bedeutet, sollte solch eine 500-Kilo-Bombe in der Rush Hour explodieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beantragen deshalb, ein Kampfmittelbeseitigungskonzept für das Land Brandenburg zu erarbeiten. Mit diesem Konzept sollte erreicht werden, dass die Mittel schwerpunktorientiert und koordiniert eingesetzt werden können. Die Landesregierung darf sich ihrer Verantwortung nicht entziehen und die Kommunen mit diesen explosiven Problemen alleinlassen.

Inhaltlich muss das Konzept für die Kampfmittelberäumung sitzen. Wichtigster Punkt ist die vorrangige Beräumung der bewohnten Regionen. Ein weiterer Vorschlag unsererseits ist, dass die Mittel nicht erfolgter Kofinanzierung bzw. nicht abgerufene Haushaltsmittel im laufenden Haushaltsjahr zur Beräumung anderer Flächen eingesetzt werden, anstatt in den Gesamthaushalt zurückzufließen. Die betroffenen Gebiete brauchen eine schnelle Lösung, die mit einem Gesamtkonzept für eine zeitnahe koordinierte Kampfmittelberäumung erarbeitet werden kann.

Meine Damen und Herren, ich bitte dafür um Ihre Unterstützung.

Ich spreche auch im Namen der Bürger des Kreises

Oberhavel und der Stadt Oranienburg und bitte um Zustimmung

zu diesem Antrag.

(Beifall CDU und FDP)